

«50:50-Lösung funktioniert nicht»

Klaus Kirchmayr will Baselbieter Bildungsdirektor werden und dann die Uni-Partnerschaft mit Basel neu aushandeln.

Andreas Schwald und
Hans-Martin Jermann

Klaus Kirchmayr, Ihre Ambitionen, für die FDP bei den Regierungswahlen im Oktober zu kandidieren, haben für Wirbel gesorgt. Sie wollen nicht einfach in die Regierung, Sie wollen Bildungsdirektor werden. Ist das nicht etwas viel auf einmal?

Klaus Kirchmayr: Gar nicht. Schliesslich ist das jene Direktion, die durch den Rücktritt von Monica Gschwind frei wird. Das Bildungsdossier interessiert mich in jeder Hinsicht, auch und gerade wegen der Verhandlungen mit Basel-Stadt über die Universität Basel.

Die abtretende Monica Gschwind hat die Verhandlungen über den Uni-Leistungsauftrag 2026 bis 2029 eben zu Ende geführt. Sie kommen zu spät.

Nein. Mein klarer Anspruch als Regierungsrat wäre es, die Trägerschaft der Universität auf eine neue Basis zu stellen, die bis in die 2040er-Jahre hält. Der Zustand darf nicht so bleiben, wie er heute ist. Das müsste mir bis 2031 gelingen. Länger würde ich nämlich nicht in der Regierung bleiben.

Was muss sich denn ändern?

Die beiden Basel müssen für die Universität Finanzen und Strategie verbinden. Das ist heute nicht der Fall. Die Regierungen verhandeln in erster Linie über Geld, aber es findet keinerlei Diskussion unter den Trägern statt, was man mit diesem Geld strategisch erreichen will. In den Life-Sciences-Bereich an der Uni Basel fliessen jährlich 500 bis 550 Millionen Franken. Wird dieses Geld am richtigen Ort eingesetzt? Nur als Beispiel: Die Bioinformatik ist heute an der Basler Uni praktisch inexistent, obwohl Konzerne wie Novartis und Roche Milliardenbeträge in diesen Bereich investieren.

Aber an der Uni Basel sind doch – und das war ein strategischer Entscheid – die Life Sciences ein Schwerpunkt.

Ja, es gibt wohl weltweit nur ganz wenige Forschungsinstitutionen, die so viel Geld im Bereich Life Sciences ausgeben wie die Universität Basel. Doch was schaut dabei heraus? Wann hatte sie in diesem Bereich den letzten Nobelpreis? Klar, man organisiert eine Uni nicht auf Nobelpreise hin, aber gemessen an den Ausgaben sind solche Auszeichnungen und wegweisende Errungenschaften an der Uni doch etwas sehr rar.

Ist es denn nicht Aufgabe der Uni-Leitung, im Detail zu entscheiden, welche Schwerpunkte sie setzen will? Kann das die Politik überhaupt?

Die Politik kann das wohl am besten indirekt steuern. Monica Gschwind hat vor einigen Jahren – gemeinsam mit ihrem damaligen Basler Kollegen Conradin Cramer – mit Andrea Schenker-Wicki und Beat Oberlin die rich-



«Auszeichnungen wie Nobelpreise sind rar»: Klaus Kirchmayr kritisiert die Uni Basel.

Bild: Kenneth Nars

tigen Persönlichkeiten für das Rektorat und das Uniratspräsidium eingesetzt. Damit konnte verhindert werden, dass die Uni-Partnerschaft auseinanderbricht. Der Preis aber war, dass diese Persönlichkeiten einen grossen Teil ihrer Zeit damit verbrachten, die Verankerung in der Politik zu sichern. Dabei gerieten Forschung und Innovation fast zwangsläufig ins Hintertreffen.

Welche Stellschrauben hat der Bildungsdirektor hier?

Er ist der Verhandlungsführer. Ich bin überzeugt, dass ich als ehemaliger Investmentbanker mit langjähriger politischer Erfahrung und meinem Hintergrundwissen in der Forschung etwas dazu beitragen kann. Etwas salopp: Die Uni Basel ist ein Joint Venture, das finanziell 50:50 zwischen beiden Basel aufgeteilt ist. Wer Betriebswirtschaft studiert hat, weiss, dass solche 50:50-Lösungen nicht funktionieren. Bei der Uni-Trägerschaft tauchen die Konflikte fast schon lehrbuchmässig auf.

Wie bitte? Sie wollen an der gleichberechtigten Partnerschaft beider Basel rütteln?

Für mich steht das zur Diskussion. Die Universität muss wieder agiler werden, die heutige paritätische Finanzierung schadet ihr aber, zumindest im Moment. Es gibt Lösungen und die müssen partnerschaftlich erarbeitet werden. Zum Beispiel könnten die beiden Basel defi-

nieren, wer wo stärker Verantwortung übernimmt. Ich könnte sofort mit dem Basler Erziehungsdirektor Mustafa Atici, den ich sehr schätze, eine konstruktive Diskussion führen. Den künftigen Uniratspräsidenten Aymo Brunetti kenne ich seit meiner Kindheit.

Die Uni ist in der Bildungsdirektion nicht das einzige wichtige Dossier. Die Volksschule ist eine grosse Kiste.

Oh ja. Hier hat Monica Gschwind hervorragende Arbeit geleistet. Sie hat die Volksschule in ruhige Bahnen gelenkt.

Hat Sie das überrascht?

Gschwind genoss zu Beginn ihrer Amtszeit wenig Kredit, gerade bei den Grünen.

Ach was. Natürlich gab es im linken Lager den «Ohni Moni»-Slogan. Ich habe nie etwas Negatives über Monica Gschwind gesagt, da können Sie im Archiv nachforschen. Sie war vor ihrer Wahl in die Regierung meine Sitznachbarin in der Finanzkommission gewesen. Gschwind wurde lange unterschätzt. Sie hat weitsichtige Entscheide getroffen und die wichtigsten Positionen in der Direktion mit Top-Leuten besetzt. Sie übergibt eine bestens aufgestellte Direktion.

Aber materiell: In der Volksschule gibt es eine Reihe kontroverser Diskussionen.

Genau, Handyverbot, Absentismus, wie weiter mit den Fremd-

sprachen und so weiter. Ich würde diese Fragen wie Monica Gschwind pragmatisch und im Dialog mit Lehrpersonen und Schulleitungen angehen. Ein Regierungsrat sollte keine ideologische Politik betreiben, im Baselbiet schon gar nicht. Denn hier ist das Parlament im Vergleich zur Regierung das mächtigste der Schweiz. Deshalb würde ich solche Diskussionen rasch führen und Entscheide im Landrat und vor dem Volk herbeiführen.

Sie haben nun ein Programm als Bildungsdirektor skizziert. Welche Partei aber trägt eine solche Kandidatur?

«Nehmen wir die Ukraine oder Gaza. Die Ansichten der Grünen decken sich nicht mit meinen.»

Klaus Kirchmayr
womöglich bald FDP-Mitglied

Eine solche Kandidatur muss dort stattfinden, wo der Wettbewerb am besten verankert ist. Und das ist in der FDP. Wenn wir ehrlich sind, hiess es ja schon früher, ich würde besser zur FDP als zu den Grünen passen. Tatsächlich gab es doch nicht wenige Abwerbeversuche ...

Sie und die FDP haben also eine Vorgeschichte.

Es gibt kaum jemanden, der so viel freisinnige Politik in die Realität gebracht hat. Zu meinen grössten politischen Erfolgen als Landrat gehört das Finanzhaushaltsgesetz, das ist urfreisinniges Gedankengut. Schliesslich ist eines der allerwichtigsten Kriterien einer Kandidatur, dass sie unterschiedliche Interessen in guten Lösungen einbringen kann. Dass ich das kann, habe ich im Landrat bewiesen.

Warum kam es für Sie nicht infrage, für Ihre alte Partei ein Comeback zu starten?

Die Wege der Grünen und meine haben sich getrennt. Ich bin überzeugt, dass wir mitten in einem weltpolitischen Paradigmenwechsel stecken. Nehmen wir die Ukraine oder Gaza, die Diskussion um Rüstungsexporte und die Wehrhaftigkeit der Schweiz. Ich musste feststellen, dass sich die Ansichten der Grünen nicht mit meinen decken.

Ihre Ambitionen haben einen Riesenwirbel ausgelöst. Sie standen früher im Landrat mit der FDP auf Konfrontation. Weshalb soll die Partei nun Sie auf den Schild heben?

Ich habe mich damals immer um Sachlichkeit und Anstand bemüht. Sollte ich trotzdem jemanden verletzt haben, so tut mir dies leid und möchte mich entschuldigen. Letztlich muss dies nun die FDP-Basis entscheiden. In einer Sache bin ich mit jenen, die den Findungsprozess verantworten, einig: was es für eine Regierungskandidatur braucht. Die erste und wichtigste Eigenschaft: Die FDP benötigt jemanden, der in dieser Einausmar- chung gewinnen kann. Die Antwort orientiert sich auch an der möglichen Gegnerschaft, konkret: Wer von der FDP gewinnt gegen Adil Koller (SP)? Die zweite Frage ist: Wer verfügt über einen Leistungsausweis und das Potenzial im Umsetzen freisinniger Politik? Diesen Fragen stelle ich mich sehr gerne.

Ihnen fehlt eine dritte Eigenschaft, der Stallgeruch. Sie werden von vielen FDPlern nicht als solcher wahrgenommen. Würden Sie als unabhängiger Kandidat antreten?

Zunächst: Ist das reine Schildchen FDP wichtiger oder der freisinnige Leistungsausweis? Zahlreiche Personen, die mich unterstützen, haben mir auch schon gesagt: «Du kannst doch ohne Partei antreten.» Als FDP-Mitglied werde ich das aber nicht tun. Wenn ich den Kanton in wichtigen Dossiers vorwärtsbringen möchte, dann weiss ich, dass dies ohne Fraktion im Rücken kaum möglich ist.